920

Bekanntgabe der ermittelten gemittelten Effizienzwerte für das Vereinfachte Verfahren in der dritten Regulierungsperiode nach § 24 Abs. 2 Satz 2 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV)

Nach § 31 Abs. 2 ARegV veröffentlicht die Regulierungsbehörde die nach § 24 Abs. 2 ARegV ermittelten und gemittelten Effizienzwerte.

Nach § 24 Abs. 2 Satz 2 ARegV wird ab der zweiten Regulierungsperiode der für die Strom- und Gasnetzbetreiber im Vereinfachten Verfahren zu berücksichtigende Effizienzwert als gewichteter durchschnittlicher Wert aller in dem bundesweiten Effizienzvergleich nach den §§ 12 bis 14 ARegV für die vorangegangene Regulierungsperiode ermittelten und nach § 15 Abs. 1 ARegV bereinigten Effizienzwerte gebildet.

Die gemittelten Effizienzwerte ergeben sich nach der Gewichtung, für den Strom- und Gasbereich getrennt, wie folgt:

Netzbetreiber Strom	96,69 Prozent
Netzbetreiber Gas	93,46 Prozent

Diese Werte werden somit im Vereinfachten Verfahren für die Festlegung der Erlösobergrenze in der dritten Regulierungsperiode von der Regulierungsbehörde berücksichtigt.

Wiesbaden, den 18. November 2019

Regulierungskammer Hessen
III-075-p-84-03#004

StAnz. 49/2019 S. 1244

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

921

Richtlinien für die Zulassung und den Betrieb von Gelbfieberimpfstellen

Bezug: Richtlinien vom 31. Juli 2014 (StAnz. S. 709)

Nach den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV), Anlage 7 Abs. 2 Buchst. f in Verbindung mit § 7 des Gesetzes zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV-Durchführungsgesetz – IGV-DG) vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 566), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2615), bedürfen Gelbfieberimpfstellen der Zulassung durch die Gesundheitsverwaltung.

Da das Bundesministerium für Gesundheit von der ihm in Art. 4 Abs. 1 Nr. 10 des Gesetzes zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 20. Juli 2007 (BGBl. II S. 930) übertragenen Ermächtigung zum Erlass erforderlicher Rechtsvorschriften zur Durchführung der IGV keinen Gebrauch gemacht hat, werden für Hessen die Richtlinien für die Zulassung und den Betrieb von Gelbfieberimpfstellen wieder in Kraft gesetzt.

Die besondere Zulassungspflicht ist in der Art der nicht selten tödlich verlaufenden, nicht kausal therapierbaren Erkrankung sowie in den Einreisebestimmungen vieler Länder begründet.

Als Zulassungsvoraussetzungen und als Ausführungsbestimmungen gelten folgende:

1. Die Zulassung als Gelbfieberimpfstelle kann einer niedergelassenen Ärztin oder einem niedergelassenen Arzt, Gesundheitsbehörden sowie medizinischen Einrichtungen (Krankenhäuser, Institute unter anderem) und deren Nebenstellen erteilt werden. Die Zulassung eines niedergelassenen Arztes oder einer niedergelassenen Ärztin ist an die Person gebunden. Die Zulassung von Gesundheitsbehörden sowie medizinischen Einrichtungen und/oder deren Nebenstellen bezieht sich auf eine(n) von diesen bestimmte(n), persönlich qualifizierte(n), verantwortliche(n) Ärztin oder Arzt.

Die verantwortliche Ärztin oder der verantwortliche Arzt muss die Anleitung und Aufsicht anderer, in dieser Impfstelle tätigen Ärztinnen und Ärzte gewährleisten.

2. Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss nachweisen, dass sie oder er persönlich oder der/die verantwortliche Ärztin oder Arzt durch einschlägige Berufserfahrung und Weiterbildung die erforderliche Qualifikation für die Durchführung der Gelbfieberimpfung und für die damit verbundene reisemedizinische Beratung besitzen. Diese gilt grundsätzlich als nachgewiesen, wenn die Fachärztin oder der Facharzt die Zusatzbezeichnung „Tropenmedizin“ oder „Flugmedizin“ führen darf.

Fachärztinnen oder Fachärzte, die besondere Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten im Impfwesen in ihrer Weiterbildung nachgewiesen haben oder an einer entsprechenden Fortbildungsmaßnahme teilgenommen haben, müssen nachweisen:

- die Teilnahme an einem mindestens 32 Stunden umfassenden Fortbildungskurs in Reise- und Tropenmedizin mit Abschlussprüfung und
 - eine mindestens drei Monate umfassende ärztliche Tätigkeit in den Tropen oder in einer Einrichtung außerhalb der Tropen (jeweils in einer klinischen Ambulanz, auf einer allgemeinen Krankenstation oder auf einer Station für innere Krankheiten oder Kinderkrankheiten, soweit die Behandlung von Tropenkrankheiten dort einen wesentlichen Teil der ärztlichen Tätigkeit ausmacht) oder
 - eine mindestens zweijährige reisemedizinische Impftätigkeit in einer ausreichend frequentierten Gelbfieberimpfstelle (mindestens 20 Impfungen/Jahr) oder eine gleichwertige Tätigkeit in einer vergleichbaren Einrichtung.
3. Jede(r) zugelassene oder verantwortliche Ärztin beziehungsweise Arzt ist verpflichtet, jährlich mindestens eine reise- und tropenmedizinische Fortbildung wahrzunehmen. Bei der erstmaligen Zulassung als Gelbfieberimpfstelle ist ein Nachweis für eine reise- und tropenmedizinische Fortbildung (mindestens acht Stunden) vorzulegen, der zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als ein Jahr ist. Eine Verlängerung der

Zulassung kommt nicht in Betracht, wenn die Gelbfieberimpfstelle im vorausgegangenen fünfjährigen Zulassungszeitraum den Verpflichtungen zur Vorlage des Fortbildungsnachweises und der Meldung der durchgeführten Gelbfieberimpfungen nicht in dem in den Richtlinien geforderten Umfang fristgerecht nachgekommen ist.

Der Nachweis ist der Zulassungsstelle (Regierungspräsidium Darmstadt) vorzulegen.

4. Der/die zugelassene oder verantwortliche Arzt oder Ärztin muss mit den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) vertraut sein und die Beurteilung und eventuell Komplettierung des Impfschutzes durchführen können. Er/sie hat sich durch entsprechendes Informationsmaterial (zum Beispiel „Epidemiologisches Bulletin“ des Robert-Koch-Institutes (RKI), „Weekly Epidemiological Record“ der WHO, „International Travel and Health“ der WHO) ständig über die Situation in den Reiseländern auf dem Laufenden zu halten. Der/die zugelassene oder verantwortliche Arzt oder Ärztin hat die Empfehlung des Robert-Koch-Instituts „Anforderungen an die Hygiene bei Punktionen und Injektionen“ in der aktuellsten Fassung umzusetzen.
5. Jede Impfung muss mit dem Namen der geimpften Person, dem Datum der Impfung, dem Reiseland, dem Namen der Impfarztin/des Impfarztes und der Chargen-Nummer des Impfstoffes in der Impfstelle dokumentiert werden.
6. Die Impfstelle ist zur Meldung der jährlich durchgeführten Impfungen sowie in Zusammenhang mit der Gelbfieberimpfung aufgetretenen außergewöhnlichen Impfreaktionen an die Zulassungsstelle (Regierungspräsidium Darmstadt) verpflichtet.
7. Die Impfung ist im Impfausweis beziehungsweise in der Impfbescheinigung unter Angabe des Namens der Impfarztin/des Impfarztes, des Datums der Impfung und der Chargen-Nummer des Impfstoffes unter Verwendung des von der Zulassungsbehörde genehmigten offiziellen Stempels der Impfstelle zu dokumentieren.

Der Stempel der Impfstelle ist vor Gebrauch durch Unbefugte zu schützen.

8. Der zur Anwendung gelangende Impfstoff muss von der WHO als Gelbfieberimpfstoff anerkannt und in Deutschland zugelassen sein.
9. Die Einhaltung der Vorgaben der Hersteller, insbesondere hinsichtlich der Lagerung und der regelmäßigen Vernichtung nicht verbrauchter Impfstoffe, die das Verfallsdatum überschritten haben, muss gewährleistet sein und dokumentiert werden. Die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Lagerung einschließlich Prüfung und Dokumentation (unter Berücksichtigung der individuellen Situation vor Ort) müssen in Verfahrensanweisungen niedergelegt sein.

Für die Lagerung des Impfstoffes muss ein Kühlschrank, in dem eine Lagertemperatur von 5 ± 3 °C zuverlässig aufrechterhalten werden kann, vorhanden sein. Die Temperatur (aktuell, Maximum, Minimum) muss werktäglich gemessen und dokumentiert werden; Darüber hinausgehend wären vorzuziehen: Messgeräte, die den Temperaturverlauf belegen („mobile Logger“); eventuell auch mit Alarmgeber (an Handy oder Internetanschluss).

10. Jede Impfstelle muss im Lagerbereich ein Wareneingangs- und -ausgangsbuch führen, in dem Bestandsveränderungen unter Angabe des Datums und der Chargen-Nummer dokumentiert werden.
11. Es müssen sämtliche zur Beherrschung anaphylaktischer Reaktionen erforderlichen Arzneimittel und Geräte nach aktuellem Stand der Wissenschaft vorrätig gehalten werden.
12. Zur Ausstattung der Impfstelle (Räumlichkeiten und Einrichtungen für die Lagerung des Impfstoffes sowie für die Durchführung der Impfung), zur Qualifikation des Personals und zur Dokumentation von Prozessen kann vom Antragsteller beziehungsweise der zugelassenen Gelbfieberimpfstelle eine Erklärung im Rahmen einer Selbstauskunft gefordert werden. Die Impfstelle muss sich mit Qualitätsprüfungen einverstanden erklären.

Die in der Gelbfieberimpfstelle ausgestellten Bescheinigungen sind nur dann international gültig, wenn sie mit dem von der Zulassungsbehörde, nach der Zulassung, vorgelegten und von ihr anerkannten Siegel versehen sind.

Zwei Muster des Stempelabdrucks sind dort vorzulegen und werden zur etwaigen Identitätsprüfung dort abgelegt.

Es muss sich um einen Rundstempel, 3 cm Durchmesser, mit der Umschrift „Gelbfieber-Impfstelle ...“ (Name der Einrichtung/Name des Arztes/der Ärztin) handeln. Im Zentrum des

Stempels ist zu vermerken: „Vaccination Centre Nr. ...“. Diese Nr. wird bei der Zulassung von der Zulassungsbehörde vergeben.

Die Zulassung erteilt das Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat Gesundheitswesen, D-64278 Darmstadt.

Über den Antrag entscheidet die Zulassungsbehörde nach Prüfung der eingereichten Unterlagen beziehungsweise der in den Richtlinien unter Nr. 2, 3 und 11 geforderten Erklärungen.

Die Zulassung wird für fünf Jahre und unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs erteilt. Eine Verlängerung der Zulassung kommt nicht in Betracht, wenn in der Gelbfieberimpfstelle über den vorausgegangenen fünfjährigen Zulassungszeitraum im Durchschnitt weniger als 20 Personen im Jahr gegen Gelbfieber geimpft wurden.

Abweichend hiervon kann die Zulassungsbehörde die Zulassung auch bei einer geringeren Anzahl durchgeführter Gelbfieberimpfungen verlängern, wenn dies zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung mit Gelbfieberimpfstellen erforderlich ist.

Die Zulassung wird widerrufen, wenn eine Voraussetzung dieser Richtlinie nicht mehr vorliegt beziehungsweise nicht erfüllt wurde oder Hinweise für eine unzureichende Qualität der Leistung erkennbar werden.

Die Zulassung kann auch widerrufen werden, wenn die Gelbfieberimpfstelle den Verpflichtungen zur Vorlage des Fortbildungsnachweises (Nr. 3) und der Meldung der durchgeführten Gelbfieberimpfungen (Nr. 6) nicht nachkommt.

Die Erstzulassung als Gelbfieberimpfstelle sowie die Verlängerung der Zulassung sind gebührenpflichtig.

Die Richtlinien treten am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft und ersetzen die im Bezug aufgeführten Zulassungsrichtlinien.

Wiesbaden, den 13. November 2019

Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration
18d2100-0001/2019/001
– Gült.-Verz. 3515 –

StAnz. 49/2019 S. 1244

922

Richtlinie zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen

1. Allgemeines

In Kommunen, insbesondere in den Stadtteilen und Quartieren werden die gesellschaftlichen und gesamtstädtischen Herausforderungen (Zuwanderung, Inklusion, Bildung, Beschäftigung, demographischer Wandel und ökologischer Umbau) sichtbar und müssen vor Ort bearbeitet werden. Um die Kommunen bei der positiven Entwicklung ihrer Quartiere und Gebiete, in denen sich soziale Problemlagen häufen zu unterstützen und zu stärken, sollen Quartiersbüros im Stadtteil/Quartier eingerichtet beziehungsweise ausgebaut werden. Die Quartiersbüros sollen mit passgenauen, innovativen, sozialintegrativen Maßnahmen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit die gesellschaftliche Teilhabe stärken, den sozialräumlichen Ansatz verfolgen, niedrigschwellige Beratung anbieten, Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement und Vernetzung fördern, um so die Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen, Integration, Bildung und Beschäftigung zu verbessern. Die Quartiersbüros leisten somit einen wesentlichen Beitrag zu der von der Landesregierung angestrebten Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Sicherung des sozialen Zusammenhalts, einer guten Lebensqualität und zu einer gelingenden Integration.

2. Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit, die zur Überwindung sozialer Problemlagen beziehungsweise zur Bearbeitung der besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen in den ausgewählten Quartieren beziehungsweise Stadtteilen einen wesentlichen Beitrag leisten.

2.1 Gefördert wird der Auf- und Ausbau eines Quartiersbüros im Stadtteil/Quartier mit folgenden Aufgaben/Maßnahmen:

- a) Aktivierung, Unterstützung und Verbesserung von Selbstorganisation und Selbsthilfepotenzialen, Teilhabe und Partizipation sowie Handlungsfähigkeit, insbeson-